

BUCHBESPRECHUNGEN

- Gisbertz, Philipp:** *Menschenwürde in der anglo-amerikanischen Rechtsphilosophie* (Raimund Ottow) 115
- Ings, Simon:** *Triumph und Tragödie – Stalin und die Wissenschaftler* (Hans-Martin Schönherr-Mann) 116
- Kevenhörster, Paul / Benjamin Laag:** *Strategie und Taktik* (Michael Fuchs) 117
- Knoll, Manuel / Francisco Lisi (Hg):** *Platons Nomoi* (Alexander von Pechmann) 118
- Lenzen, Manuela:** *Künstliche Intelligenz* (Bernd M. Malumat) 119
- Strübbe, Karina:** *Politische Entschuldigungen* (Michael Fuchs) 121
- Mayer Tasch, Peter C.:** *Kleine Philosophie der Macht* (Harald Seubert) 122

Philipp GISBERTZ: *Menschenwürde in der angloamerikanischen Rechtsphilosophie. Ein Vergleich zur kontinentaleuropäischen Begriffsbildung. Reihe: Studien zur Rechtsphilosophie und Rechtstheorie, Bd. 70, Baden-Baden, Nomos 2018, 408 S., € 104,00*

In dieser Göttinger Dissertation steckt viel Arbeit. Der Titel ist ja auch anspruchsvoll, denn ein Vergleich der angloamerikanischen und der kontinentaleuropäischen Rechtsphilosophie mit Blick auf den Begriff der ›Menschenwürde‹ setzt ja eine umfassende Kenntnis dieser Theoriekomplexe voraus. Das Ergebnis indes erscheint doch recht mager.

Was finden wir in dem Buch? Erstens einen ziemlich oberflächlichen Durchgang durch die Ideengeschichte vor Kant, der im wesentlichen negativ ausfällt, denn der lateinische Begriff der ›dignitas‹, der hier einen Anhalt bieten könnte, sei generell ein Statusbegriff, der wenig von dem transportiert, was universalisierte ›Menschenwürde‹ heutzutage meint. Von Kant – meint Gisbertz, ohne das ausführlicher zu begründen – seien dann wesentliche theoretische Grundlegungen ausgegangen, die aber erst im 20. Jahrhundert volle Früchte trugen. Denn das bemerkenswerte sei, dass der Begriff der Menschenwürde erst spät, in den 1940er-Jahren, seinen Durchbruch als tragender Rechtsbegriff in Dokumenten der UN und dann besonders prominent im deutschen Grundgesetz erfährt, wobei Gisbertz auf die Hintergründe und zeitgenössischen Debatten, die interpretativ Licht auf diese Phase des Begriffs werfen könnten, nicht näher eingeht.

Stattdessen springt er zu einigen neueren Theoretikern, die sich mehr oder weniger explizit und systematisch mit dem Begriff der ›Menschenwürde‹ beschäftigen, und zwar sind dies in erster Linie: John Rawls, Martha Nussbaum und Ronald Dworkin, die Gisbertz als prominente Denker der angloamerikanischen Rechtsphilosophie betrachtet. Er wirft dann noch Seitenblicke auf den Israeli Avishai Margalit, auf Jeremy Waldron und einige andere Autoren der Zeit von Rawls bis heute, die er aber alle nur vorstellt und referiert, ohne sie systematisch aufeinander zu beziehen und eine eigene Position daraus zu generieren. So ist das Ergebnis mager: Man befasst sich, vielleicht unter anderem vom deutschen Grundgesetz und der dadurch angeregten Debatte inspiriert, zunehmend mit dem Begriff der ›Menschenwürde‹ und den Motiven, die ihn tragen; man exploriert theoriekonstruktive Potentiale des Begriffs, aber das alles bleibt bisher sehr im ungefähren und wird auch nicht von Gisbertz inhaltlich zugespitzt.

Und worauf bezieht sich der ›Vergleich‹ des Untertitels? Gisbertz konstatiert das Zögerliche, Skeptische der Befassung prominenter amerikanischer Rechtstheoretiker mit dem Begriff der Menschenwürde und fragt von hier aus nach den

theoriehistorischen und theoriekulturellen Gründen. Die naheliegende Frage, welche Rolle das ›Common Law‹ und seine Tradition spielt, wirft er nicht auf, aber er verweist auf den Empirismus der englischen Theorietradition, auf den Einfluss des Utilitarismus, an den sich in Amerika der Pragmatismus anknüpft, so dass man, soweit man Kant rezipierte, generell auf seine ›Metaphysik‹ verzichten wollte. Das ist alles wenig überraschend und auch wenig erhellend. Vor allem aber dürfte es doch so sein, dass sich Differenzen von Theoriekulturen innerhalb des Westens immer mehr abschleifen, Theoriediskurse sich immer mehr internationalisieren, so dass die Fragestellung des Buches von Gisbertz kaum noch Aktualität beanspruchen kann.

Raimund Ottow

Simon INGS, Triumph und Tragödie – Stalin und die Wissenschaftler, Hamburg 2018, Hoffmann und Campe, übers. v. Brigitte Döbert, 592 S., € 26,99

Marx wollte kein Utopist sein, vielmehr den Sozialismus wissenschaftlich begründen. Dementsprechend wollten die russischen Revolutionäre vom Oktober 1917 ihren neuen Staat auf wissenschaftliche Einsichten gründen und investierten massiv in Bildung und Forschung, d. h. in die Naturwissenschaften und dabei vor allem in die Biologie und die Physik. Diese sollte neben der Kernenergie die Atombombe entwickeln, jene sollte vor allem der Landwirtschaft auf die Sprünge helfen, war Russland 1917 doch ein unterentwickeltes Agrarland, das sich kaum selbst ernähren konnte.

Wirken und Leben von Wissenschaftlern primär aus diesen Disziplinen zwischen ca. 1900 und 1960 schildert der britische Wissenschaftsjournalist und Autor Simon Ings sehr detailreich. Man lernt viel über Landwirtschaft und Biologie, ebenso wie über die Erfolge, Ängste und Nöte der sowjetischen Wissenschaftler. Natürlich erläutert Ings dabei auch die historischen Entwicklungen und Ereignisse, so dass sein Buch nebenbei auch als eine Geschichte der Sowjetunion gelesen werden kann.

Die meisten Wissenschaftler der Zarenzeit unterstützten das neue Regime, das ihnen indes misstraute. 1928, als viele neugegründete Hoch-

schulen ein ganzes Heer von Nachwuchswissenschaftlern ausgebildet hatten, rief Stalin zu einem Sturm auf die Bastionen der ›bürgerlichen‹ Wissenschaft auf. Zum Gulag-System der millionenhaften Zwangsarbeit, dessen Methoden Vorläufer in der Zarenzeit hatten, gehörten auch spezielle Lager für in Ungnade gefallene Wissenschaftler, deren Fähigkeiten man auf diese Weise weiter ausbeuten konnte. Ohne den Gulag wäre denn auch die rasche Industrialisierung der UdSSR kaum möglich gewesen.

Während die Geisteswissenschaften zurückgedrängt wurden, dominierte in den Wissenschaften während des ersten Jahrzehnts der Mediziner und Physiologe Iwan Pawlow, der damals einzige russische Nobelpreisträger, der die kommunistische Staatsführung öffentlich unterstützte. Er begrüßte die Revolution, kollaborierte massiv, ließ sich ehren. Mit der Drohung auszuwandern, erreichte er bei Lenin bereits 1921 eine herausragende Stellung, die er bis zum Tod 1936 auch bei Stalin behielt. Seine Lehre, dass man durch körperliche Reflexe die Gehirntätigkeit so beeinflussen könnte, dass diese Reflexe generationsübergreifend vererbt werden, wurde zwar widerlegt, aber von ihm noch eine Weile fleißig vertreten, so dass sie ein Jahrzehnt in der Öffentlichkeit als bewiesen galt. Seine Ideen passten auch gut zum leninistischen Marxismus, der das Bewusstsein durch die Veränderung der Umwelt steuern wollte. So wurde Ende der 1920er-Jahre die Psychoanalyse, die Verhaltensänderungen durch Selbstreflexion erreichen will, aus der sowjetischen Psychologie verdrängt. Förderlich war dabei auch gar nicht, dass Trotzki die Psychoanalyse noch gelobt hatte, kurz bevor er ausgeschaltet wurde.

Im Zentrum des Buches steht der Agrarwissenschaftler Trofim Lyssenko. Sein Aufstieg beginnt um 1930. Die sowjetische Presse feiert ihn als einen allein an der Praxis orientierten Wissenschaftler, als Stalin die Kollektivierung und die Industrialisierung durchsetzt. Lyssenko propagierte die Entwicklung neuer Nutzpflanzenarten, beispielsweise Weizen, allein dadurch, dass man sie veränderten äußeren Umständen aussetzte und widersprach damit dem damaligen internationalen Standard in der Genetik. Als die Staatsführung Mitte der 1930er-Jahre von den Agrarwissenschaftlern forderte, neue Arten innerhalb von drei Jahren zu entwickeln – wissenschaftli-

cher Standard waren zehn bis zwölf – erklärte sich Lyssenko dieser Aufgabe gewachsen. Die UdSSR litt in den ersten Jahrzehnten immer wieder unter verheerenden Hungersnöten, die Millionen Menschen das Leben kosteten. Dass Lysenkos Maßnahmen praktisch alle scheiterten, sich unterdessen die Hungerkrisen massiv verschärften, schadete weder seinem Ruhm, noch seiner Position im sowjetischen Wissenschafts- und Agrarbetrieb. Erst 1962 wurde er definitiv entmachtet, nachdem die meisten seiner wissenschaftlichen Ergebnisse als gefälscht entlarvt worden waren.

Eines seiner vielen Opfer war der führende Botaniker Nikolai Wawilow, der sich auf die Genetik konzentrierte, die zunehmend in Ungnade fiel und als rassistisch bekämpft wurde. Lyssenko griff in dieser Auseinandersetzung sogar auf die eigentlich widerlegte Lehre Pawlos zurück. So gelang es ihm, die Genetik praktisch auszuschalten. Wawilow verlor Posten und Institute. Mit Lyssenko kam es zu massiven persönlichen Auseinandersetzungen. Die großen Säuberungswellen, denen auch viele Wissenschaftler zum Opfer fielen, waren zwar vorüber. Trotzdem rechnete Wawilow ab 1939 mit seiner Verhaftung, zu der es 1940 dann auch kam. Er wurde zu Geständnissen gezwungen und zum Tode verurteilt. 1943 starb er im Gefängnis im Alter von 55 Jahren wahrscheinlich an Hunger. Während in der Sowjetunion ständig Hungersnöte herrschten, erfreuten sich die Wissenschaftler eines vergleichsweise hohen Lebensstandards, jedenfalls nachdem die Bürgerkriegswirren vorüber waren.

Die Physiker waren dem politischen und existentiellen Druck weniger ausgeliefert. Stalin brauchte sie für die Entwicklung der Atombombe, die 1949 zum ersten Mal gezündet wurde. Trotz solcher punktuellen, teilweise auch tragischen Erfolge scheiterte der Versuch, Staat und Gesellschaft mit wissenschaftlichen Methoden auf die kommunistischen Sprünge zu helfen, nicht nur durch politische Unterdrückung, sondern vor allem durch wissenschaftliche Engstirnigkeit sowie an der Hybris, Mensch und Natur beliebig – mit gigantischen Eingriffen – verändern und gestalten zu können.

Hans-Martin Schönherr-Mann

Paul KEVENHÖRSTER / Benjamin LAAG: Strategie und Taktik. Ein Leitfaden für das politische Überleben, Baden-Baden: Nomos 2018, 130 S., € 19,00

Die politische Wissenschaft (und mit ihr offenbar der Nomos-Verlag) öffnen sich mehr und mehr der praktischen Politik. Gleich drei Neuerscheinungen dokumentieren das eindrucksvoll: Florian Gerster, *Politik als Beruf*, 2018; Dominik Meier/Christian Blum, *Logiken der Macht*, 2018 und jetzt: Paul Kevenhörster/Benjamin Laag, *Strategie und Taktik*, 2018. Diese Hinwendung zur politischen Realität ist zu begrüßen und muss, wie alle drei Neuerscheinungen zeigen, nicht unbedingt zu Lasten der Wissenschaftlichkeit gehen. Kevenhörster hat sich einen besonderen Zugang zum Thema einfallen lassen: Er hat sich einschlägige Klassiker der politischen Strategie und Taktik ausgewählt und versucht, aktuelle politische Erscheinungen, Ereignisse, Handlungen und Verhaltensweisen unter die klugen Sprüche der Klassiker zu subsumieren.

Kevenhörsters Wahl ist auf Carl von Clausewitz, Baltasar Gracian, Niccolo Machiavelli, Sun Tsu und Max Weber gefallen. Wie jede Auswahl, kann man natürlich auch diese kritisieren, so hätte man etwa auch an Kirchenlehrer wie Augustinus oder Johannes von Salisbury oder viele andere Fürstenspiegel denken können. Doch die hier getroffene Auswahl erweist sich als sehr fruchtbar. Das kleine Büchlein ist in sechs Teile gegliedert: Strategie und Taktik, Voraussetzungen des politischen Aufstiegs, Grundsätze politischer Führung, Die Kunst der politischen Darstellung, Der Abschied von der Macht und Zusammenfassung: Ratschläge für die politische Karriere (S. 123 ff.). Verhaltensweisen und Handlungen zeitgenössischer Politiker, von Helmut Kohl über Gerhard Schröder bis zu Angela Merkel werden mit gut ausgewählten Aussagen und Aphorismen der erwähnten Klassiker konfrontiert. Dabei fällt besonders die intellektuelle Diskrepanz zwischen der gedanklichen Verdichtung der Klassiker und den flachen, der Tagesaktualität verhafteten und mit ganz geringer bis gar nicht vorhandener Halbwertszeit versehenen Zitaten von Journalisten ins Auge, denen die aktuellen Vergleichsfälle entnommen sind. Die beiden Autoren haben keine über die Erkenntnisse der Klassiker hinausgehenden Einsichten zu Tage ge-

fördert. Was sie aber auf jeden Fall erreicht haben ist, dass die Leser zur Lektüre der Klassiker angeregt werden. Das ist sehr begrüßenswert, weil es ohnehin mehr als unverstänglich war und ist, dass die hier behandelte Thematik bisher ein beliebtes Betätigungsfeld lediglich von »PR-«, »Politik-« und sonstigen »Beratern« oder gar »Coaches« gewesen ist, deren »Lehren« keinen Millimeter über die uralten Erkenntnisse der großen Denker hinausgingen, was einem geschichtsvergnessenen Publikum aber vollkommen gleichgültig war und ist. Auch hier gilt: *ad fontes!*

Michael Fuchs

Manuel KNOLL / Francisco LISI (Hg.), *Platons Nomoi. Die politische Herrschaft von Vernunft und Gesetz. Reihe Staatsverständnisse, Bd. 100, Baden-Baden: Nomos 2017, 290 S., € 29,00*

Platons politische Philosophie ist zumeist mit seinem Dialog über den *Staat* identifiziert worden, in dem Sokrates mit seinen Gesprächspartnern nach dem Ideal der Gerechtigkeit, nach dem »besten Staat«, sucht. Dass dieser platonische Staat aus drei Ständen besteht, dass in ihm die Philosophen herrschen, dass in ihm Männer und Frauen gleich sind, das Privateigentum abgeschafft und die Erziehung eine dominante Rolle spielt, steht in fast jedem Lehrbuch über politische Theorie. Demgegenüber hatte es Platons Spätwerk über die *Gesetze* schwer. Es ist das umfangreichste seiner Werke und galt in seiner Weitschweifigkeit als das Produkt eines Greises, dem offenbar schon die Konzentration auf das Wesentliche mangelte, und das sich in der Tat in allerlei Details wie der exakten Strafbemessung beim Tempelraub und ähnlichem mehr erging. Zudem hatte Platon selbst formuliert, dass es bei den *Gesetzen* doch nur um die »zweitbeste« politische Ordnung ging.

Es ist zweifellos verdienstvoll, dass sich der Herausgeber der Reihe *Staatsverständnisse*, Rüdiger Voigt, dazu entschlossen hat, einen eigenen Band, noch dazu den 100. der Reihe, Platons *Gesetzen* zu widmen. Der von Manuel Knoll und Francisco L. Lisi herausgegebene Band *Platons Nomoi. Die politische Herrschaft von Vernunft und Gesetz* umfasst eine Anzahl von Beiträgen, die dieses Werk nicht nur mit dem *Staat* vergleichen, sondern auch das Eigentümliche dieses

Spätwerks erschließen. Im ersten Teil werden die »Grundlagen und Probleme« verhandelt, der zweite Teil ist dem Begriff des »Gesetzes« bzw. der »Gesetzgebung« gewidmet, der dritte Teil behandelt Fragen der Erziehung und Bildung und der abschließende Teil geht der Wirkung und Rezeption des Werkes nach. Sie machen deutlich, dass die vielen abschätzigen Urteile über die *Gesetze* zu kurz greifen, weil insbesondere Platons Aussage über die »zweitbeste Ordnung« recht verstanden werden muss.

Versucht man sich zunächst ein angemessenes Bild von dem zu machen, was Platon mit jener zweitbesten Ordnung meint, so scheint dies (auch) eine Kritik an jenem idealen Gemeinwesen zu implizieren, wie er es im *Staat* entworfen hatte. Dieses sei eher ein Gemeinwesen von und für Götter als von und für die Menschen. Der völlige Verzicht auf politische Teilhabe des so genannten »Nährstandes«, auf privates Eigentum, Ehe und Familie der herrschenden Stände überfordere, auch wenn er an und für sich das Beste sei, den Menschen und widerspreche seinen Bedürfnissen. Ein so verfasster Staat mag, wie es dann später heißen wird, in der Theorie bestehen, taue aber nicht für die Praxis. So verstanden nehmen die *Gesetze* schon vorweg, was dann Aristoteles gegen Platon einwenden wird, dass es nämlich um eine »gute Ordnung« für die Menschen gehen müsse. Insofern geht es in der so genannten »zweitbesten Ordnung« um eine realistische Konzeption des Politischen, die den wirklichen Verhältnissen und tatsächlichen Umständen Rechnung trägt. Wie in seinem anderen Spätwerk, dem *Timaios*, geht es Platon offenbar nicht darum, eine rein vernünftige Ordnung im himmlischen Reich der Ideen zu errichten, sondern die irdisch vorgefundene Vielfalt und Unordnung in eine gerechte und angemessene Ordnung zu bringen.

Das wesentliche Ergebnis dieser Art von Selbstkritik ist, dass der Staat von Platon nun nicht als ein in sich harmonisches und geschlossenes Ganzes gedacht wird, sondern als eine »Mischverfassung«, die aus heterogenen, ja gegensätzlichen Ansprüchen zusammengesetzt ist. Dieser Konzeption einer Mischverfassung geht Manuel Knoll nach. Er weist darauf hin, dass dieser zentrale Gedanke der politischen Theorie eben nicht erst mit Aristoteles oder Panaitos beginnt, sondern schon für die *Gesetze* von prägen-

der Bedeutung war. Auch wenn es Gegenstand der Diskussion ist, ob diese Verfassung für Platon aus zwei gegensätzlichen Prinzipien, dem demokratischen und dem monarchischen, also dem Prinzip der Vielheit und der Einheit, zusammengesetzt ist, oder ob sie mehrere, insgesamt sieben, Ansprüche auf Herrschaft zu verbinden und zu vermitteln hat, so besteht doch Einigkeit darüber, dass Platon in den *Gesetzen* kein ideales Ganzes konzipiert hat, sondern ein, wenn man so sagen will, möglichst gut Gemischtes.

Sieht man allerdings genauer auf die von Platon konzipierte Verfassung, ist man geneigt zu sagen, dass er alles unternommen hat, um das demokratische Element und damit das Prinzip der Freiheit so klein wie möglich zu halten und dem monarchischen und Einheit stiftenden bzw. dem aristokratischen Element in Gestalt der wenigen Vernünftigen bei weitem das Übergewicht zu geben.

Auf einen weiteren interessanten Aspekt weist vor allem Dirk Lüddecke hin. Da dieser Staat als ein wirklicher Staat ja irgendwo errichtet werden muss, stellt sich für Platon die Frage, ob er im Binnenland oder am Meer zu gründen sei. Lüddecke arbeitet trefflich den ›thalassophoben‹ Charakter von Platons Theorie heraus, die den Seehandel und damit das Geld als gemeinschaftszersetzendes Element erkennt, und Platon daher, exemplarisch, das Gemeinwesen im Binnenland von Kreta als einen selbstversorgenden Agrarstaat zu errichten gedenkt. Er wird zum Vorläufer dessen, was später dann als »geschlossener Handelsstaat« konzipiert wurde. Das Meer, so Platon, habe das unförmig Chaotische an sich, dem das Land als das Feste und Bleibende gegenüberstehe.

Ein weiteres zentrales Element, das in dem Band verhandelt wird, ist das Gesetz bzw. Platons Begriff des Gesetzes. Denn während es der Idee nach zwar das Beste sei, wenn Philosophen herrschen, ist es in der Wirklichkeit jedoch das Beste, wenn die Gesetze herrschen. Denn in der Realität, so Platons Argument, erscheint es als nahezu unmöglich, dass sich Menschen von Menschen beherrschen lassen; die Befolgung von Gesetzen hingegen falle den Menschen leichter. Damit aber stellt sich die bis heute diskutierte Frage: Was sind Gesetze? Für Platon sind sie einerseits Ausdruck einer in sich unwandelbaren Vernunft, die er daher auch »göttlich« nennt, und

deren Übertretung mit göttlichen Strafen verbunden sind; andererseits aber sind die Gesetze Regeln, die das Zusammenleben der Menschen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen, Interessen und Ansprüchen organisieren sollen, und die als solche besser oder schlechter sein können. Diese Ambivalenz konzentriert sich bei Platon in der Institution des Verfassungsgerichts als der höchsten politischen Instanz, der sog. »nächtlichen Versammlung«, die zum einen die strenge Hüterin der ewigen und unwandelbaren Gesetze ist, die zum anderen aber auch als Gesetzgeberin tätig ist und die Gesetze verändern kann, wenn sie nicht passen oder bessere gefunden werden. Dies Doppeldeutige macht auch klar, warum für Platon die größte politische Herausforderung und das schlimmste Staatsverbrechen der Materialismus ist; denn dieser bestreitet die Existenz solcher unwandelbarer, göttlicher Gesetze, auf denen nach Platons Ansicht die Existenz und Dauer des Staates beruht.

Die Spannung zwischen der unbedingten Geltung und Herrschaft der Gesetze und dem tatsächlichen Handeln der Menschen lässt überdies die zentrale Rolle erkennen, die, wie auch schon im *Staat*, die Erziehung einnimmt. Soll diese doch die Menschen zu guten Staatsbürgern formen, die mit »Freude und Frohsinn« (S. 181) die Gesetze ehren, achten und befolgen. Hier nun findet Platon ein weites Betätigungsfeld, auf dem nahezu sämtliche Regungen der Eleven, das Trinken und Feiern, der Tanz und der Sport, das Verhalten zum anderen Geschlecht, einer gewissenhaften Beobachtung unterworfen werden, um sie durch Überwachen und Strafen, durch Kontrolle und liebende Hingabe zum Besten zu lenken und vom Schlechten abzuhalten.

Schließlich gehen weitere Beiträge noch auf die Wirkungsgeschichte der *Nomoi* ein, die sich freilich im Schatten der des *Staates* vollzog. In der Summe ein erhellender und lesenswerter Band.

Alexander von Pechmann

Manuela LENZEN, *Künstliche Intelligenz. Was sie kann & was uns erwartet*, München: C. H. Beck 2018, 272 S., € 16,95

Künstliche Intelligenz (KI) besteht, auf den kürzesten Nenner reduziert, aus Algorithmen und

Daten; damit endet die Kürze allerdings bereits, dehnt sich vielmehr ins beinahe Uferlose, jedenfalls Undurchschaubare. Algorithmen sind programmierte Anweisungen zur Lösung von Problemen, und es gibt sie schon in einer nicht mehr bezifferbaren Vielfalt; sie werden von Privaten, den Staaten und vor allem natürlich von Unternehmen eingesetzt. Dabei kann ein einzelner Algorithmus durchaus Millionen von Zeilen umfassen, die aber längst nicht mehr von Hand geschrieben, vielmehr teilweise aus bereits bestehenden Programmblöcken nach Bedarf digital generiert werden. Zur Lösung eines Problems sind dann einschlägige Daten erforderlich, die jedermann freiwillig, mancher aber auch unfreiwillig, beständig, bisweilen im wahrsten Sinne des Wortes auf Schritt und Tritt zur Verfügung stellt. Mit einer ausreichend großen Zahl von Daten lässt sich dann beinahe jedes Problem, wenn schon nicht lösen, so doch zumindest einer Lösung näherbringen. Daher kommt die Einschätzung von Daten als dem, wenn noch nicht gegenwärtig, auf jeden Fall zukünftig wichtigsten Rohstoff.

Dieses Thema den Lesern verständlich aufzubereiten, die sich nicht den bereits informierten Kennern der ebenso komplexen wie komplizierten Materie zurechnen können, gelingt Manuela Lenzen sprachlich wie inhaltlich sehr überzeugend. Das mag seinen Grund auch darin haben, dass die Autorin Philosophin ist und nicht Informatikerin, die Fragestellungen also mit der gewissen Distanz einer zwar bestens Informierten, aber eben doch nicht aus der oft verengten Perspektive reiner Fachleute beleuchtet; gleichwohl bleibt es schwierig, weil wir in der digitalen Welt noch längst nicht angekommen sind, auch wenn wir sehr häufig ›smarte‹ Geräte und Dienste nutzen.

Am Anfang stellt sich natürlich die Frage, was denn überhaupt unter künstlicher Intelligenz, im Gegensatz oder in Analogie zur menschlichen Intelligenz, verstanden werden soll. Die einfache Antwort: eine verbindliche Aussage dazu gibt es nicht, aber klar ist, eine der menschlichen Intelligenz vergleichbare künstliche Intelligenz sucht man – bisher noch – vergeblich, aber ebenso klar ist, dass die Bestrebungen in diese Richtung zielen.

Bisher dominieren anwendungsorientierte Projekte, die darauf spezialisiert sind, bestimmte

Leistungen zu erbringen, etwa Übersetzungen, Sprachverarbeitung, Bilderkennung oder im weiten Bereich der Industrie-Robotik; derartige Systeme sind zwar nützlich und entsprechend häufig im Einsatz, aber doch weit davon entfernt intelligent zu sein, weil sie lediglich programmierte Anordnungen befolgen. Von größerem Interesse sind deshalb Systeme, die lernen und sich ihren Aufgaben flexibel anzupassen vermögen, ohne dass Menschen eingreifen müssen; auch dafür gibt es bereits vielfältige Anwendungen, etwa in der Medizin, im Rechtswesen oder in der Landwirtschaft, und, besonders augenfällig, bei selbstfahrenden Autos.

Die spannende Frage an der KI-Forscher arbeiten, um zu wirklicher Intelligenz zu gelangen, ist, ob sie die Computer ganz eigene, rechner-spezifische Wege einschlagen lassen oder ob sie Rechner konzipieren, die dem Menschen nachgebildet werden, und zwar nicht nur dessen Gehirn sondern auch dessen Physis und sogar dessen Sozialverhalten.

Die Autorin beschreibt die bisherigen Entwicklungen und die künftigen Erwartungen sowohl zeitnah wie auch mit den notwendigen Rückblenden auf Grundlage der niedergelegten Forschungsergebnisse, aber auch aufgrund vieler Gespräche mit führenden Wissenschaftlern sehr verschiedener Disziplinen. Es ist deshalb kaum möglich, die Ergebnisse ihrer umfangreichen Arbeiten, die selbst schon sehr komprimiert dargestellt sind, noch weiter zu reduzieren.

Nötig ist aber, den Blickwinkel zu weiten, nicht nur zu fragen, was KI ist oder wozu sie werden könnte, sondern auch die Konsequenzen, die aus der Digitalisierung der Welt erwachsen (können), zu beachten. Manuela Lenzen legt auch darauf großen Wert – mit Ergebnissen, die man als ambivalent bezeichnen kann, wenn man großzügig ist! Einerseits ist offenkundig, dass bereits jetzt, da die Digitalisierung allenfalls als ›halb-intelligent‹ angesehen werden kann, beträchtliche Verbesserungen und Erleichterungen, vor allem im Bereich der industriellen Produktion, erzielt worden sind, und je intelligenter sie werden wird, desto mehr, insbesondere wirtschaftliche Erfolge werden sich erzielen lassen. Andererseits ist aber auch manifest, dass die Menschen metaphorisch immer ›gläserner‹ werden; Privatheit wird es dann immer weniger geben, dafür aber steigt das Maß der Manipulier-

barkeit ins Unermessliche. Damit ändert sich nicht nur die politische, vielmehr zugleich auch die ökonomische Ordnung, weil absehbar ist, welche Interessen über die digitale Zukunft verfügen können werden. Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, welche katastrophalen Fehler durch den Einsatz dieser modernsten Technik einmal auftreten können, etwa wenn sie als Waffe eingesetzt wird, um reale oder virtuelle Angriffe durchzuführen; es verwundert daher nicht, zu erfahren, dass das Militär eine der treibenden Kräfte bei der Entwicklung von KI ist.

Wir werden uns also auf heftige Veränderungen gefasst machen müssen, die teilweise – oft unbemerkt – bereits Realität geworden sind. Da trifft es sich gut, dass die Autorin am Ende ihrer informativen Schrift eine kleine Utopie entwirft, die dazu ermutigen soll, die zweifellosen Vorteile der KI zu nutzen, ihre riesenhaften Nachteile aber gemeinsam friedlich unter Kontrolle zu bringen.

Eine kurze Nachbemerkung: Es wäre schön gewesen, ein wenig auf eine ›Nachbar-Disziplin‹ einzugehen – auf die genetisch manipulierte Intelligenz nämlich; aber vielleicht folgt das in einer weiteren Schrift, denn die Verbindungen sind immerhin angedeutet.

Bernd M. Malumat

Karina STRÜBBE: Politische Entschuldigungen. Theorie und Empirie des sprachlichen Handelns, Wiesbaden: Springer VS 2018, 435 S., € 59,99

Spätestens seit Robert Michels wissen wir, welch ein starkes politisches Disziplinierungsmittel eine Rücktrittsdrohung sein kann (Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*, 1911, S. 44). Wie verhält es sich aber mit gewissermaßen am anderen Ende der politischen Operationskala angesiedelten Verhaltensweisen, etwa einer politischen Entschuldigung? Erstaunlicherweise betritt man hierbei terra incognita, was auch Karina Strübbe erkennen musste und zu der vorliegenden Dissertation an der TU Dortmund animierte. Trotz von der Autorin konstatiertes vermehrter Verbreitung gilt die Politik doch eher als »entschuldigungsfeindlich« (S. 15).

Das hat sicherlich damit zu tun, dass Entschuldigungen mit Schuldeingeständnis und Un-

tergrabung politischer Autorität verbunden werden. Der tiefere Grund dürfte sogar theologischer Natur sein: Denn »Selbstbeschuldigung und nicht Entschuldigung ist am Platze, wo offenkundig Gottes Gebot übertreten ward« (*Aurelius Augustinus*, Vom Gottesstaat, dtv, 2. A. 1985, XIV 14 S. 187). Und wer besitzt schon die Größe und Souveränität, sich selbst zu beschuldigen? Strübbe hat ein genuin-politikwissenschaftliches Erkenntnisinteresse: Ihr geht es primär um die Funktionen politischer Entschuldigungen (S. 15/200). Eben weil die Autorin Neuland betritt, erscheint auch ein umfangreicher theoretischer Teil (S. 19–182) gerechtfertigt, dem ein noch größerer empirischer Teil folgt (S. 183–406).

Im theoretischen Teil gelingt es der Autorin, die verstreuten Erkenntnisse verschiedener Disziplinen zu Entschuldigungen, wie Soziologie, Psychologie, Philosophie oder Linguistik, aber auch der Politikwissenschaft, zu einer harmonischen Synthese zusammenzuführen, die in einer gelungenen Definition politischer Entschuldigung gipfelt (S. 172/398). Faszinierend ist die Typologie politischer Entschuldigungen, die dabei gewissermaßen als Nebenprodukt aufscheint: Es gibt kollektive Entschuldigungen (S. 67), »staatliche« Entschuldigungen (S. 129), non-verbale Entschuldigungen (Kniefall von Willy Brandt in Warschau, S. 111), Entschuldigungen als Mittel in internationalen Beziehungen (S. 133) oder für historisches Unrecht (S. 141). Hieran können künftige Arbeiten sehr gut anknüpfen!

Der umfangreiche empirische Teil der Arbeit bietet ausreichend Gelegenheit für zahlreiche Beispielfälle all dieser Entschuldigungstypen. Sehr gut ausgewählt sind die Quellen, von der Autorin »Analyse-Korpora« genannt, denen die Entschuldigungssachverhalte entnommen werden: Es sind dies der Deutsche Bundestag und die Bundestagsprotokolle (S. 189/204), die politischen Parteien und Parteitagprotokolle (S. 190/292) und schließlich die Medien (S. 192/322). Dass alle drei Bereiche unterschiedlichen Gesetzmäßigkeiten folgen und evtl. unterschiedliche Entschuldigungsformate hervorbringen, entgeht der Autorin nicht. So verfügt der Bundestag mit seinem Präsidenten über einen offiziellen Wächter über die »Würde« des Bundestages (§ 7 Abs. 1 Satz GO-BT), weswegen der Bundestag auch ein sehr viel »entschuldigungsan-

fälligeres« Gremium ist als andere. Jedenfalls entsteht ein buntscheckiges Bild unzählig vieler kleiner, auch kleinteiliger sowie großer Entschuldigungen (die Fälle Guttenberg und Edathy werden als »Sonderfälle« eigens behandelt, S. 358 ff., 370 ff.), was deutschen Politikern durchaus zur Ehrenrettung gereichen kann. Eine gänzlich andere und entscheidendere Frage ist die nach den Gründen oder der Motivation politischer Entschuldigungen. Diese sind teilweise determiniert durch die Anlässe von Entschuldigungen: Politische Entschuldigungen sind in aller Regel nicht voraussetzungslos, sondern rein reaktiver Natur und Konsequenz der »Einforderung von Entschuldigungen« (S. 167). Politische Entschuldigungen sind daher in den Augen von Karina Strübbe keine »echten« Entschuldigungen, sondern »funktionale« Entschuldigungen (S. 398/400). Wiewohl sie meist folgenlos bleiben, werden sie doch strategisch zur Erreichung inhaltlicher Ziele eingesetzt und sind machtpolitisch motiviert.

Es hat den Anschein, dass Strübbes Buch zur rechten Zeit kommt: Denn mit dem Einzug einer neuen Partei in den Deutschen Bundestag stellen sich vermehrt Fragen des politischen Anstands und der politischen Kultur (vgl. dazu schon: Jean Seidenberger, *Der parlamentarische Anstand*, 1903). Selbst wenn politische Entschuldigungen inzwischen zu einem Ritual verkommen sein mögen (dazu: Hermann Lübbe, *Ich entschuldige mich – Das neue politische Bußritual*, 2001), nimmt ihnen das nichts von ihrem Wert! Denn, wie gesagt, es klagt sich an, wer sich entschuldigt. Dass man sich eine Entschuldigung möglicherweise aber auch ersparen kann, sagt uns wiederum die Theologie: »Der Weise schweigt bis zur rechten Zeit« (Das Buch Jesus Sirach 20, 7). Aber das, das »politische Schweigen«, ist ein anderes Thema!

Michael Fuchs

Peter Cornelius MAYER-TASCH: *Kleine Philosophie der Macht*. Stuttgart: Franz Steiner 2018, 130 S., € 19,90

Philosophie wird, schon im Titel dieses schmalen, aber gehaltreichen Buches, nicht nach dem Schul-, sondern nach dem Weltbegriff verstanden. Sein Autor ist von Haus aus kundiger Jurist,

von den sich immer mehr vertiefenden Interessen seiner wissenschaftlichen Arbeit aus gesehen erweist er sich als ein Kulturwissenschaftler, dem die »cultura animi« zur zweiten Natur geworden ist und der die Schlüsselstellung der Politik (bzw. des Politischen) im Gesamtraum der Kultur nun auf ein Phänomen anwendet, das für Machiavellisten, Hobbesianer oder Schmittianer mit »dem Politischen« schlechthin identisch, für andere eher dessen Grenz- oder Gegenbegriff ist. Der Geist von Montaigne oder Tocqueville ist unverkennbar: Nicht abstrakte Normativität, sondern ein moralistischer Diskurs im besten Sinn leitet die Erörterung, die zeigt, welche Facetten Mensch und Macht annehmen, wo sie aufeinandertreffen oder gar Amalgamierungen eingehen.

Um das Urteil vorwegzunehmen: Dieses Buch ist ein Glücksfall, gleichermaßen welterfahren und spielerisch, hochgebildet und mitunter in unaufdringlicher Art weise, ein Unika, jedenfalls in einer Zeit, in der Politologen über »Strukturen der Macht« und vielleicht über ihre Institutionen nachdenken und innerstaatliche Strukturen in den globalen Maßstab verlängern, oft aber die konkrete Dynamik übersehen, in der sich Macht zeigt.

Mayer-Tasch beginnt mit einer *Tour d'horizon* über die Semantik von Macht, einem Topos, der zugleich Begriff ist und ein Wort in der lebendigen Sprache und dessen Bedeutung sich beständig verändert und das immer wieder auch metaphorische und transzendente Bedeutung annimmt. In jedem Fall ist eine Affinität zu »machen« und »Magie«, bzw. »Magus« zu konstatieren, aber auch zu »Meier«, was an die Hausmeier am Übergang von der Karolinger-Epoche zu den Merowingern erinnert. Schließlich erfährt man, vielleicht etwas überrascht, dass die indogermanische Wortwurzel »mag« so viel wie »kneten« bedeutet, Hervorbringen aus einer ungefügten Masse (griechisch: *massein*).

Von hier her ist es ein kurzer, aber folgenreicher Schritt zu der politisch-theologisch überhöhten, transzendenten Frage nach der Anbetung der Macht, einer in der Souveränität Gottes, bzw. des Göttlichen sanktionierten Grundlegung allen Herrscher-Charismas. Ausgangspunkt ist, dass Gott als höchster Herrscher verehrt wird, worin sich primär die monotheistischen Religionen betreffen. Israel verehrt seinen Gott als König der Könige, die Christenheit betet den Herrn der

Herrlichkeit an und das islamische »Allahu akbar« (Gott ist groß) kann im Islam die Formel der Gottesverehrung sein, aber auch der Schlachtruf eines gewaltsamen Dihad. Die Frage nach der Macht ist in jedem Fall der Punkt einer Engführung zwischen Religion und Politik. Göttliche Macht kann politisch menschliche Machtverhältnisse begrenzen, politische Macht kann sich aber auch von der göttlichen herleiten und an deren unbegrenzter Dignität partizipieren. Politische Theologie, welcher Couleur immer, hängt mit der Art zusammen, wie diesseitige und jenseitige Macht korreliert sind. Ob es eine Politische Theologie überhaupt geben dürfe, bleibt ein innerjüdischer und innerchristlicher Streitfall von hoher Relevanz.

Natürlich fehlen bei Mayer-Tasch nicht kundige und bereichernde Studien zu den Klassikern der Machttheorie zwischen Idealisten und Realisten, Platon einerseits und Machiavelli, Hobbes und Max Weber andererseits. Viele von ihnen waren von der Macht fasziniert, andere eher abgeschreckt und angewidert. Auch Ausgriffe aus dem europäischen Umkreis des Machtdiskurses heraus werden skizziert: Für Konfuzius oder Lao Tse liegt Macht gerade in einer Ruhe, die allen Aktionismus meidet.

Der Schwerpunkt und das eigentliche Gewicht des Buches liegt aber auf der eigenständigen phänomenologischen Auslotung, die Macht anthropologisch und zugleich ontologisch entwirft: So werden Wege zur Macht kartographiert und unterschieden. Finanzkräftige Dominanz kommt ebenso in Frage wie militärische Macht, oder das Amtsscharisma, das auf dem schon von Max Weber erkannten Weg der Bürokratie Gestalt gewinnt. Auch die Anpassung an Organisationen und Institutionen ist eine Option. Jede dieser Machtprojektionen hat ihre Zeit und erschöpft sich, und jede bringt einen eigenen Typus von Machthaber oder -verwalter hervor, der wieder je nach Epoche einmal martialisch, dann wieder verdeckt auftritt. Mayer-Tasch betont in einem brillanten Kapitel besonders die »potestas indirecta«, die Beratern zukommt, seien es hochmögliche Philosophen, die den Zugang zum Machthaber sich mühsam bahnen oder Mätresen, die ihn selbstverständlich haben. Auch Wahrsagerei und (pseudo-)prophetische Fertigkeiten waren seit jeher zu starker Einflussnahme prädestiniert, nicht anders übrigens als Architek-

ten und Künstler – in demokratischen ebenso wie in autokratischen oder totalitären Systemen.

Zwei Grunddimensionen des individuellen und des öffentlichen Lebens können Macht eingrenzen, sie können sie aber auch legitimieren und steigern, was nicht selten den Effekt hat, dass sie in den Dienst von Macht genommen werden und ihre eigene Autonomie verlieren: Recht und Ethik. Vor beiden Phänomenen zeigt sich, dass eine scharfe Abgrenzung von Kratik (reinem Machtstreben) und Politik gerade nicht möglich ist. Denn Macht bedarf, wie Mayer-Tasch mit Hilfe literarischer Referenzen zeigt, eines Mindestmaßes an Zustimmung, auch die reinste Gesinnung aber erfordert, schon um ihren Urheber selbst zu motivieren, einen zumindest minimalen Bestand von Macht. Eine vollständige Transformation des »Rechts des Stärkeren« – das eigentlich ja gar kein Recht ist, sondern dessen kratische Dementierung – in die Macht des Rechts wird es nicht geben. Dies hat mit der menschlichen Natur und ihrem Begehren zu tun. Es hat aber auch strukturelle Gründe: Nietzsche (und in seiner Folge Foucault) haben dafür sensibilisiert, dass das machtfreie Ideal doch eine verdeckte Form von Macht, vielleicht gar totaler Macht sein kann.

Mayer-Tasch hält deshalb fest, dass es, auch was die auf Neben- und Gegeneinander orientierte *Conditio humana* betrifft, letztlich »nichts Neues unter der Sonne« gibt. Variationen schließt dies nicht aus, doch den Grundton von Macht erkennt man über Epochen- und Kultur-differenzen hinweg.

Machtlosigkeit als Paradigma gelingenden Lebens, mit dem Fokus auf dem freiwilligen Machtverzicht, erweist sich als die eigentliche Utopie, das »Kein Ort, nirgends« von Politik, an dem sie sich überflüssig macht. Ist nicht dieses Ideal eben deshalb auch der Ausgangspunkt von Macht? Mayer-Tasch kennt fernöstliche Weisheit und ihre Einsicht in die Bildung von Gestalt aus der Leerheit zu gut, um nicht zu wissen, dass aus der Leere, dem Mangel an Macht, die verschiedenen Dimensionen von Macht sich erst entfalten.

Immer wieder wird deutlich, dass persönliche Erfahrung in Verbindung mit Ideengeschichte und der topologischen Kunst, wiederkehrende Strukturen von Macht aufzufinden, den Verfasser geradezu für sein Thema prädestiniert. Im »Vorwort« weist er bereits auf die unterschiedlichen Lebensrollen hin, die ihn in direkte oder indirek-

te Machtpositionen brachten (der Hochschullehrer, Politikberater und Rektor), während der für eine ökologische Lebenswelt Engagierte und der wache, kritische Bürger auch angesichts demokratischer Mechanismen in der spätmodernen Polis primär mit der Erfahrung der Ohnmacht konfrontiert ist. Dieser humane Zuschnitt gibt dem Buch gegenüber Großtheorien ein sympathisches und unverwechselbares Profil.

Und es ist deshalb wohl kein Zufall, dass dieses Buch in einen brillanten Annex über ›Gärten der Macht‹ mündet: Erweist sich doch der Garten auf den ersten Blick als Lebensraum, in dem die »Böse Welt« gebannt zu sein scheint, und der deshalb keiner ausdrücklichen Machtregime bedarf. Kein Garten war jedoch gegenüber dem Einbruch der Bedrohung immun, nicht einmal der Garten Eden.

Gerade am Garten, in der Kontrapunktik zwischen Natur und Kultur, formulieren sich Machtrepräsentationen und die Proteste gegen sie. Der geometrische Garten französischen Zuschnitts mit seinen »vier Quartieren« ist als »Medium fürstlicher Machtentfaltung« zu verstehen; der Landschaftsgarten englischer Provenienz erweist sich hingegen als Inszenierung eines Spielraums, in dem sich bürgerliches Freiheitsverlangen Bahn bricht, das im Zeitalter der Revolutionen seit dem 18. Jahrhundert kulminierte.

Bei Mayer-Tasch sind die historischen und sozialen Bedingungen von Politik jederzeit präsent. Die Utopie als idyllische oder arkadische Pause im Weltgeschehen gesteht er zu und profiliert sie

gekonnt. Auf ein Eschaton oder einen ganz ›anderen Zustand, in dem der Mensch grundsätzlich nicht mehr Adressat, Opfer oder Urheber von Macht wäre, träumt er nicht hin. Der Humanismus von Mitte und Maß, den der Autor auch in früheren Werken eindrücklich vertrat, bildet den Horizont, in dem Macht bedacht werden kann.

Hervorzuheben ist nicht zuletzt der Stil, durch den sich dieses Buch, wie auch andere Werke des Verfassers, in einer sehr schönen Weise vom akademischen Slang (gerade in den Sozialwissenschaften) und ebenso von den Popularisierungen einer Pop-Philosophy à la Richard Daniel Precht unterscheidet. Mayer-Tasch verfügt über eine Sprache, die in Genauigkeit, Anspielungsreichtum und Metaphorizität bedeutender Literatur gewachsen ist. Jeder schätzende Leser seiner Texte weiß dies. Man kann sie, im Sinn von Leo Strauss, auf einer vordergründigen und auf einer tieferen Ebene lesen. Er beherrscht die Kunst leicht aus Tiefe zu sein.

Geschmackvolle ausgewählte Bebilderung und Gestaltung trägt wesentlich dazu bei, dass dieses Buch ein Vademecum werden kann, zu dem man immer wieder greift.

Man wünscht sich mehr von diesem Format. Einen Vorschlag will ich machen: Der Verfasser wäre prädestiniert, eine kleine Philosophie der Gewalt und des Friedens folgen zu lassen.

Harald Seubert